



T +41 31 326 66 04  
E urs.scheuss@gruene.ch

Bundesamt für Sport  
Hauptstrasse 247  
2532 Magglingen

20. März 2018

## **Beiträge des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der Vernehmlassung zu den Beiträgen des Bundes an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele „Sion 2026“ haben Sie die Grünen Schweiz zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage äussern zu können.

Die Grünen lehnen die Vorlage aus tourismuspolitischen, umweltpolitischen und finanzpolitischen Gründen ab. Zudem fordern die Grünen, dass der Bundesrat eine referendumsfähige Vorlage erarbeitet, etwa in der Form eines Rahmengesetzes, wie dies die parlamentarische Initiative 17.504 „Olympische Winterspiele 2026 in der Schweiz. Das Volk soll entscheiden“ vorschlägt.

### **Tourismuspolitischer Fehlentscheid**

Aus Sicht der Grünen sind die Olympischen Spiele nicht geeignet, den Herausforderungen der Tourismusdestination Schweiz zu begegnen. Im Gegenteil: Die Winterspiele zementieren das Bild der Schweiz als Land des Wintertourismus. Dabei verändert sich das Klima. Das beunruhigende Schauspiel der schmelzenden Gletscher in der Schweiz wiederholt sich jedes Jahr. Die Erwärmung des Klimas geht im Alpenbogen doppelt so schnell voran wie im globalen Durchschnitt. Die unmittelbare Folge: Der Schnee verschwindet von den Hängen und die Bergbahnen kämpfen mit wasser- und energiehungrigen Schneekanonen um ihre Existenz.

Die Absurdität von Olympischen Spielen in der Schweiz zeigt sich unter anderem darin, dass ein Teil der öffentlichen Gelder für den Anlass in die Errichtung von Beschneiungsanlagen fliessen soll. Statt eine Chance könnte „Sion 2026“ zu einem Risiko für die Reputation der Schweiz werden, wenn die Medien aus aller Welt Bilder von schneefreien Alpen und künstlich beschneiten Pisten verbreiten.

Angesichts der neuen klimatischen Bedingungen setzen sich die Grünen für eine Neuausrichtung des Tourismus ein. Der alpine Tourismus muss sich neu erfinden und für alle vier Jahreszeiten Angebote schaffen, die der lokalen Tourismusbranche, dem Schutz der Landschaft und der Biodiversität gerecht werden. Olympische Spiele durchzuführen heisst dagegen, sich mit exorbitanten Kosten weiter auf den Wintersport zu konzentrieren und dabei die drängenden Herausforderungen aus den Augen zu verlieren. „Sion 2026“ ist daher ein strategischer Fehlentscheid der Schweizer Tourismuspolitik.

## **Umweltzerstörung und Mehrverkehr**

2'800 Athletinnen und Athleten sowie über 100'000 Besucherinnen und Besucher, die pro Tag in fünf Kantonen an 20 verschiedenen Standorten Wettkämpfe sehen wollen, verursachen mehr Verkehr und benötigen viel Infrastruktur. Zwar wird stets betont, dass nur minimalste Eingriffe in die Natur nötig seien und nur bestehende Infrastrukturen genutzt werden. Eine genauere Analyse des Dossiers zeigt, dass diese Versprechen nicht eingehalten werden, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Die 180 m lange Halfpipe in Leysin wird von Grund auf neu gebaut. Das Zielgebiet um den Lac d'Alpe liegt in einem Landschaftsschutzgebiet von nationaler Bedeutung. Dies in einer Zeit, in der die Nachfrage nach Halfpipes stetig abnimmt und grosse Ski- und Snowboardgebiete wie Saas Fee ihre Halfpipes nicht mehr in Betrieb nehmen.
- Für diverse Anlagen sind Rodungen vorgesehen, wie beispielsweise für die Skipiste in Crans-Montana, die Biathlon-Anlagen in Les Diablerets oder die neue Sprungschanze in Kandersteg.
- Bei diversen Anlagen ist der effektive Bedarf an neuen Infrastrukturen noch unklar. Es ist zum Beispiel noch offen, ob das Stadion „Stade de Tourbillon“ in Sion tatsächlich den hohen Anforderungen des Internationalen Olympischen Komitees (IOK) genügt. Ebenfalls lässt sich nicht abschätzen, welche Anpassungen an der Strasse im Goms vorgenommen werden müssen, um während des ganzen Winters die Befahrbarkeit zu garantieren. Weiter ist unklar, ob die Kapazitäten der Strassen, des öffentlichen Verkehrs und der Parkplätze den Anforderungen des IOK genügen. Letztere werden jedoch erst noch konkretisiert.
- Bei der Nutzung von bestehenden Infrastrukturen sind zum Teil massive Um- sowie nach den Spielen Rückbauten erforderlich.
- Sion hat bereits heute eine hohe Quote an Leerwohnungen. Dazu soll ein Olympisches Dorf kommen, das die Überkapazität zusätzlich erhöht. Für einen schonenden Umgang mit den Ressourcen ist es sinnvoll, die Städteplanung den effektiven Bedürfnissen und der realistischen Stadtentwicklung anzupassen. Nur so können Ressourcen effizient genutzt werden. Eine Ausrichtung der Kapazitäten auf ein Grossereignis wie die Olympischen Winterspiele forciert die Übernutzung und damit den Ressourcenverschleiss.
- Wie die Spiele effektiv im Detail durchgeführt werden, wird erst im Host City Vertrag mit dem IOK bestimmt. Das bedeutet, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht überall beurteilt werden kann, wie schwer die Eingriffe in die Natur sein werden. Das Versprechen, die Olympischen Spiele in erster Linie mit bestehenden Infrastrukturen durchzuführen, wird so zu einer unverbindlichen Absichtserklärung.
- Der Bedarf nach ausreichend Verkehrsinfrastrukturen würde zunehmen, während zur gleichen Zeit die Kapazitäten wegen Baustellen, etwa im Rahmen von Léman 2030 und der Erweiterung des Bahnhofs Lausanne beschränkt sein werden. Der Genfer Flughafen, der bevorzugte Ankunftsort für Besucherinnen und Besucher, leidet bereits heute unter seiner Low-Cost-Orientierung und ist zu Beginn der Ferien jeweils ein Chaos. Es besteht daher das Risiko, dass auf die Flughäfen Bern-Belp und Sion ausgewichen wird. Dabei ist der Flugverkehr jener Bereich, dessen Anteil an der globalen Erwärmung am stärksten wächst und dessen Lärm ein Ärgernis für Tausende von Anwohnerinnen und Anwohnern ist.

Die Olympischen Winterspiele, wie sie heute stattfinden, sind in dieser Form nicht nachhaltig durchführbar. Der enorme Bedarf an Raum, Energie und Infrastruktur für einen kurzen Anlass von ein paar Wochen ist aus Umweltsicht verheerend.

## **Finanzielle Risiken**

Die Durchführung von Olympischen Spielen hat immer zu massiven Budgetüberschreitungen geführt. Der Bundesrat möchte sich nun gegen die finanziellen Risiken absichern und überwälzt diese auf die Kantone. Gemäss Beschlussesentwurf und erläuterndem Bericht dazu würde der Bund beim Beitrag an die Durchführung (OCOG-Budget) die Haftung für allfällige, über die bestehenden Reserven von 215 Millionen Franken hinausgehende Finanzierungslücken ausdrücklich ausschliessen. Zitat aus dem erläuternden Bericht (Seite 36): „In jedem Fall ist eine allfällige, über den Betrag von 827 Millionen Franken hinausgehende Finanzierungslücke von der Durchführungsorganisation oder auch von den Durchführungskantonen zu tragen.“

Beim Beitrag an die Sicherheitskosten, die erwiesenermassen zu den am schlechtesten abschätzbaren Budgetposten gehören, sieht der Vernehmlassungsentwurf lediglich vor, dass im Falle einer Kostenüberschreitung der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreitet, die eine Beteiligung des Bundes von 20% der Mehrkosten vorsieht. Grundsätzlich stellen demnach die Durchführungskantone die Finanzierung der nicht vom Bund getragenen Sicherheitskosten sicher.

Noch bei den Beiträgen an die Olympischen Spiele Graubünden 2022 hatte der Bundesrat klargestellt, dass letztlich der Bund für sämtliche Kostenfolgen die Verantwortung übernehmen müsse. Die Defizitgarantie des Bundes war somit unbeschränkt. Genau dies möchte der Bundesrat nun für Sion 2026 ausschliessen und überlässt die Verantwortung für Budgetüberschreitungen der Durchführungsorganisation oder den Durchführungskantonen. Dies bezeichnet der erläuternde Bericht als „Lehre“ aus der Expo.01/02, die sich für den Bund als finanzielles Debakel herausgestellt hatte.

Der erläuternde Bericht schweigt allerdings darüber, wie eine Durchführungsorganisation oder die Durchführungskantone ihre Verpflichtungen gegenüber dem IOK wahrnehmen werden. Der Bund hält sich schadlos und zieht sich aus der Verantwortung. Das ist aus Sicht der Grünen nicht akzeptabel, nicht zuletzt angesichts der zahlreichen Abbauprogramme in den Kantonen. Die Grünen lehnen daher auch aus finanzpolitischen Gründen die Vorlage ab und fordern, sollte an den Olympischen Spielen „Sion 2026“ festgehalten werden, dass der Bund gemeinsam mit den Kantonen eine Finanzierung der ungedeckten Kosten erarbeitet, an der sich Bund und Kantone gleichermassen und fair beteiligen.

Für die Grünen ist jedoch klar, dass die für die Olympischen Spiele „Sion 2026“ vorgesehenen öffentlichen Gelder vielmehr nachhaltig in Schutzmassnahmen für das Klima investiert werden müssen sowie auch in jene Bereiche, von denen die Bevölkerung direkt profitiert, wie das Gesundheitswesen oder die Bildung. Die Grünen erkennen in der Vorlage denn auch kein konkretes Förderprogramm zugunsten des Nachwuchs-, Leistungs- und Breitensports. Das Kapitel zum Vermächtnis im erläuternden Bericht bleibt dazu vage und bespielt Allgemeinplätze. Die Investitionschancen in „nachhaltige Werte“, die der Bericht nennt, lassen sich auch ohne „Sion 2026“ realisieren.

## **Fehlende demokratische Legitimation**

Die Olympischen Spiele sind ein Anlass mit weltweiter Ausstrahlung, der den Alltag in der Schweiz verändert und die genannten Folgen für die öffentlichen Finanzen haben wird. Die Grünen wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz vor dem Einreichen einer Kandidatur beim IOK grundsätzlich über die Durchführung von Olympischen Winterspielen äussern können und dass die enormen Konsequenzen für die Budgets der öffentlichen Hand vollständig transparent gemacht werden.

Nach 42 gescheiterten Schweizer Kandidaturen, wovon einige, wie jene im Februar vor einem Jahr in Graubünden keine Unterstützung an der Urne gefunden haben, ist es undenkbar, dass ein Anlass dieser Grössenordnung ohne vorgängige Volksabstimmung stattfindet. Weil der Bundesrat immer wieder betont hat, es handle sich um ein Projekt, das der ganzen Schweiz zugutekäme, und weil er darauf gepocht

hat, dass die Unterstützung der betroffenen Bevölkerung nötig sei, ist eine Volksabstimmung auf Bundesebene unabdingbar, denn die gesamte Schweizer Bevölkerung ist betroffen. Die Durchführung der Winterspiele hätte für die Schweiz nicht nur beträchtliche Ausgaben zur Folge, sondern auch andere Auswirkungen auf das ganze Land – insbesondere in Bezug auf die Mobilität – sowie Konsequenzen für die Organisation des Sicherheitsdispositivs und die Finanzen der Kantone.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Regula Rytz  
Präsidentin



Urs Scheuss  
stv. Generalsekretär

Grüne / Les Verts / I Verdi  
Waisenhausplatz 21 | 3011 Bern